

Pulsnitzer Wochenblatt

Feinspr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Leipzig 241 27. Gem.-Otro-R. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechs mal gepaltene Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfg. im Amtsgerichtsbezirke 70 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Reklame M 2.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Zuschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Dörfern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrensdorf, Bretznitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 14.

Dienstag, den 1. Februar 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nährmittelabgabe.

Von Mittwoch, den 2. Februar 1921 ab gelangen durch die Kleinhändler des Bezirks zur Verteilung:

1. auf Abschnitt 76 der Allgemeinen- und auf Abschnitt 78 der Kindernährmittelkarte 1 Pfund amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5.15 M.

Brotfeldbäcker haben keinen Anspruch auf Belieferung.

2. außerdem auf Abschnitt 78 der Kindernährmittelkarte sowie auf Abschnitt 25 der Altersnährmittelkarte einviertel Pfund Zwieback zum Preise von 1.95 M für die einviertel Pfd.-Packung.

Lüten sind mitzubringen.

Ramenz, am 29. Januar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Das Finanzamt und die Finanzkasse Ramenz sind für den öffentlichen Verkehr an jedem Arbeitstage nur geöffnet von

vormittag 8 bis nachmittag 1 Uhr.

Finanzamt Ramenz, am 31. Januar 1921.

Nach der hierseitigen Bekanntmachung vom 11. Dezember 1920 war wegen der Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, die an Stelle der freien Verpflegung Deputate erhalten, der Wert der Naturalbezüge für 1 Liter Milch auf 1.20 M und für 1 Pfund Butter auf 16 M festgesetzt. Diese Verfügung wird dahin abgeändert, daß an Stelle der für Milch und für Butter bestimmten Werte bis auf weiteres, solange die Zwangswirtschaft besteht, die Erzeugerhöchstpreise des Kommunalverbandes bei der Berechnung des Steuerabzugs maßgebend sind.

Finanzamt Ramenz, am 31. Januar 1921.

Das Wichtigste.

Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister wird nunmehr am 21. und 22. Februar in München stattfinden.

Im Generalauschuß erklärte sich Finanzminister Wirth bereit, die Jahre 1912/13 und 1913/14 bei der Veranlagung der landwirtschaftlichen Grundstücke mit heranzuziehen.

Ein Gesetzentwurf, der sich mit der gesetzlichen Regelung der Hausangelegenheiten beschäftigt, befindet sich in Vorbereitung und ist bereits soweit gediehen, daß er in absehbarer Zeit fertiggestellt sein wird.

Die mexikanische Regierung hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um 100 000 deutsche Kolonisten aufzunehmen.

Die gesamte sächsische Kriminalpolizei soll verstaatlicht werden. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landtage zugehen.

Von den Mehrheitssozialisten wurde eine deutschnationale Versammlung in Kiel geplant.

Wie die „Post. Ztg.“ erzählt, ist von der zuständigen Stelle die Freigabe der Einfuhr von ausländischem Schmalz endgültig beschlossen worden. Die Freigabe dürfte indessen nicht vor vierzehn Tagen erfolgen.

Die Pariser Konferenz setzte die Geldforderung an Deutschland auf 26 Milliarden Goldmark fest, zahlbar in 42 Jahren.

Die Volkszählung in Norwegen ergab eine Bevölkerungszahl von 2 540 000. Das bedeutet einen Zuwachs seit 1919 um etwa 10% Prozent.

Der internationale Rat der Gewerkschaftsverbände beruft am 1. Mai in Moskau eine internationale Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsverbände ein.

In London wurde die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen am 21. Januar auf 980 000 festgestellt; die Gesamtzahl aller wird noch höher angenommen.

Im Reichsarbeitsministerium wurde ein Entwurf fertiggestellt, der die Zuständigkeit der Betriebsräte im Aufsichtsrat und ihre Mitwirkung bei den Aufsichtsratsitzungen regelt, sowie Bestimmungen über das Einsichtsrecht über die Bilanz enthält.

Die spanisch-amerikanische Bank in Buenos Aires wurde geschlossen, was eine schreckliche Bank hervorrief. Der Präsident der Bank ist flüchtig. Die Polizei mußte den Ansturm der Kunden auf die Bank aufhalten.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Amtsjubiläum.) Am heutigen Tage begeht Herr Oberlehrer Kantor Bartusch sein 25 jähriges Amtsjubiläum als kirchlicher Beamter. Nachdem er am 16. Dezember 1895 gewählt war, trat er am 1. Februar 1896 sein Amt zunächst als Organist an. Nach Erledigung der Kantorenstelle wurde er am 22. Juni 1898 zum Kantor gewählt und am 27. November dieses Jahres feierlich in sein Amt eingeweiht. Eine Abordnung des Kirchenvorstandes wird heute unserem allverehrten Herrn Kantor Glückwunsch und Dank der Pulsnitzer Kirchengemeinde zu seinem Amtsjubiläum übermitteln. Die reichsgesegnete Tätigkeit des Herrn Oberlehrer Bartusch während der verfloßenen 25 Jahre hat ein festes Band treuer Gemeinschaft um Kantor und Gemeinde geschlossen.

Pulsnitz. (Bürgerversammlung.) Wir wollen nicht versäumen auf die heute Abend 8 Uhr im Wolf-Saale stattfindende Bürgerversammlung hinzuweisen, zu der in der Sonnabend-Nummer vom 29. Januar der Arbeitgeber-Verband der Industriellen, die Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes, der Gastwirtsverein, die Ortsgruppe des Gewerkschaftsbundes deutscher Angestellten-Verbände, der Gewerbe-

verein, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamten-Verbände (G. D. A. u. S. D.), der Innungsausschuß, die Innungen, der Kaufmännische Verein, Verein für Handel und Gewerbe e. V. und Verein für Mittel und Kleinrentner eingeladen haben. Die Mitglieder genannter Gruppen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, denn es handelt sich um Aufstellung von Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl.

Pulsnitz. (Stadtschule.) In Erinnerung sei gebracht, daß die Anmeldung der Diener 1921 schulpflichtig werdenden Kinder für die Knaben Donnerstag, den 3. Februar, 2—5 Uhr nachmittags, für die Mädchen Freitag, den 4. Februar, 2—5 Uhr nachmittags zu erfolgen hat.

Pulsnitz. (Der Stenographen-Verein Gabelberger) hielt vergangene Woche seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist u. a. folgendes zu bemerken: Dem Verein gehören z. Zt. 189 Mitglieder an, darunter befinden sich 59 Damen. Übungsstunden wurden 37 abgehalten, die durchschnittlich mit 42 Personen besucht waren. Anfängerunterricht erhielten 25 Personen. Bei einem abgehaltenen Wettstreiten konnten 15 Arbeiten als preiswürdig erachtet werden. Die Preisträger erhielten Prämien in Gestalt von guten Bäckern. In hochherziger Weise sind dem Verein von der Firma Schurig-Kaupach 500 M in 5 prozentiger Reichsanleihe und von Herrn Fabrikbesitzer Ernst Lachmann 500 M in bar zur Verfügung gestellt worden. Die Zinsen dieser beiden Stiftungen werden gleichzeitig mit denjenigen der schon bestehenden Alfred Blumberg-Stiftung ausschließlich zur Anschaffung von Bücherprämien bei abzuhaltenden Vereinswettstreiten Verwendung finden. Im übrigen wurde beschlossen, im April d. J. im Schägenhaus ein Vergnügen stattfinden zu lassen, in dem u. a. verschiedene auf stenographischem Gebiete geboten werden soll.

— (Das Finanzamt Ramenz) schreibt uns: Die Umsatzsteuerklärungen der Landgemeinden des Finanzamtsbezirks — mit Ausnahme von Großröhrensdorf — sind zur Vermeidung eines Steuerzuschlags bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer bis zum 31. Januar 1921 beim Finanzamt einzureichen.

— (Wichtig für Gastwirte und Gastwirtsangestellte.) Das Finanzamt Ramenz schreibt uns: Bei fester Entlohnung der Kellner und des sonstigen Bedienungspersonals (Geldlohn und Natural- oder Sachbezüge) ist der Steuerabzug nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften vorzunehmen. Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge ist bei Bemessung des einzubehaltenden Betrages zu berücksichtigen und den Vorschriften entsprechend anzuzurechnen.

— (Essentielle Sitzung des Bezirksausschusses) findet am Montag, den 7. Februar, vormittags 9 Uhr statt. Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Ramenz aus.

— (Der Preiskurz bei Lebensmitteln) macht sich in Friedeberg Nm. auch bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen bemerkbar. So wird jetzt von den Eier auflaufenden Händlern auf dem Lande für das Stück nur noch 1 Mark gezahlt, während von ihnen das Ei mit 1,30 Mark weiterverkauft wird. — Für Butter wird den Erzeugern 20 Mark je Pfund gezahlt.

— (SZ. (Oberschlesien!) Jeder Abstimmungs-berechtigte muß sich sofort in die Stimmlisten eintragen lassen. Die Frist für die Eintragung endet am Donnerstag, den 3. Februar, abends 6 Uhr. Beim Stadtrat, den Gemeindebehörden, den Polizeistationen ist überall zu erfahren, wo die nächste Stimmliste ausliegt. Wer sich in die Stimmlisten hat eintragen lassen, ist noch nicht gezwungen, die Abstimmungsreise nach Oberschlesien zu machen. Wer aber die Eintragung veräußert hat, kann den Fehler nicht wieder gut machen; er hat sein Abstimmungsrecht verloren. Deshalb werden alle aufgefordert, die Oberschlesier unter ihren Bekannten haben, bei diesen darauf zu dringen und es ihnen mit Rat und Tat zu erleichtern, daß sie sich in die Stimmlisten eintragen lassen. An Oberschlesiens Schicksal hängt unser aller Schicksal!

— (Kunstspeisefett.) Gegenwärtig wird neben reinem Schweineschmalz vielfach sog. Conpondlard, ein Kunstspeisefett, bestehend aus einer Mischung von Delen und Rindertalg, in den Handel gebracht, welches sich um etwa 25 %, zeitweise noch billiger stellt, als Schmalz. Dieses Kunstspeisefett darf selbstverständlich in den Handel gebracht werden, doch müssen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Gefäße und äußeren Umhüllungen, in welchen dieses Kunstspeisefett verkauft oder feilgehalten wird, mit einem stets sichtbaren, bandförmigen roten Streifen und der deutlichen Aufschrift „Kunstspeisefett“ versehen sein. Um sich vor Ueberdosisierungen zu schützen, wird dem Publikum empfohlen, ein besonderes Augenmerk auf die Beachtung dieser Vorschriften zu richten.

— (Wetterbericht vom 31. Januar) Heute sind über Europa zwei Depressionen vorhanden, während der höchste Druck im SO liegt, und ein anderes unbedeutendes „Hoch“ sich im NW befindet. Unter Einfluß des westlichen Tiefdruckgebietes sind wieder Niederschläge zu erwarten, die Temperatur wird nicht erheblich sinken.

— (SZ. (Die Erfassung des Brotgetreides.) Wie wir bereits meldeten, ist eine schärfere Erfassung des Brotgetreides und eine schärfere Kontrolle über den Verbrauch des Getreides angeordnet worden. Bei Ausführung dieser Bestimmungen hat sich ergeben, daß es auf dem Lande viele Schrotmühlen gibt, die den Amtshauptmannschaften nicht gemeldet sind. Die Besitzer solcher Schrotmühlen sind in letzter Zeit in empfindliche Strafe genommen worden. Diejenigen, die wegen unrechtmäßigem Gebrauch einer Schrotmühle schon ohnehin in Strafe



genommen werden, trifft also bei Wegnahme der Schrotmühlen noch ein Verlust von mehreren hunderttausend Mark.

(Die Maul- und Klauenseuche) ist unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Max Brückner in Großhirsdorf Nr. 214 ausgebrochen

Lichtenberg. (Hausammlung.) An die Ortsgruppe „heimatruher Oberschlesier“ in Ramenz kann als Ergebnis einer Hausammlung der Betrag von 400 M aus unserer Gemeinde abgeliefert werden. Wenn so jeder Ort das Seine tut in dieser Sache, dann kann uns vielleicht das hochergiebige, produktive Gebiet Oberschlesien, das unserm Volke fast zu einer Lebensfrage geworden ist, erhalten bleiben. Den Spendern und Sammlern hierdurch herzlichsten Dank.

Ramenz. (Die Beschäftigung Ramenz) im Gasthof zum goldenen Berg ist dieser Tage wieder eröffnet worden. Unter den eingetroffenen vier Hengsten befindet sich auch ein neuer.

Wischowwerda. (Veruntreuungen) in Höhe von etwa 20 000 Mark haben sich verschiedene junge Leute eines hiesigen Geschäftes zu schulden kommen lassen.

— SZ. (Eine Dresdner Musikwoche.) Wie uns mitgeteilt wird, plant die Stadt Dresden in diesem Jahre zu Ostern eine Musikwoche zu veranstalten und zwar wird diese Veranstaltung vom 26. März bis 3. April dauern. Die Einzelheiten des Programms stehen noch nicht vollständig fest. Soweit sich aber bis jetzt sagen läßt, sind Chorausführungen, hervorgehobene Operaufführungen und besondere Konzerte geplant. Dabei wird auch Gelegenheit gegeben werden, Darbietungen aus der Kirchenmusik in der katholischen Hofkirche zu hören. Die Stadt Dresden hat, um die Aufführungen zu sichern, einen Garantiefonds von 75 000 Mark gezeichnet, zu deren Bewilligung durch die Stadtverordneten kaum zu zweifeln sein dürfte. Sollte sich die Musikwoche, zu der viele Gäste von außerhalb erwartet werden, reüssieren, so soll dieselbe zu einer dauernden Einrichtung im öffentlichen Leben Dresdens werden.

— (Kommunistische Anträge im sächsischen Landtag.) Wie der Teunion-Sachsen dienst hört, hat die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages folgende Anträge eingebracht: 1. der Landtag wolle beschließen: die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule durch ein Gesetz bestimmt wird. 2. der Landtag wolle beschließen: die Regierung hat das von ihr angeforderte Grand-Union-Hotel für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen. Eine Benutzung für Bureauzwecke muß unter allen Umständen unterbleiben. 3. der Landtag wolle beschließen: die Regierung wird beauftragt, eine Verfügung zu erlassen, welche bestimmt, daß die Entschädigung der Gewerbebetriebsbesitzer und ähnliche Ehrenämter mit dem Lohnausfall in Einklang gebracht wird.

— (bd. Rosenthal wird bewacht.) Zum Fall Rosenthal teilt das Dresdner Volkstribunal noch mit, daß Rosenthal von Dresdner Kriminalbeamten im Sanatorium ständig überwacht wird, um ein Entweichen zu verhindern.

Schmiedefeld. (Unsere neuen Glocken) — die heisersehnten sind da! Unerwartet schnell trafen sie auf dem Bahnhof Großharthau ein. Von dort wurden sie am Montag auf drei Wagen — von sechs Reitern begleitet — zu uns gebracht. Die Gemeinde, insbesondere auch die Jugend und die Schulkinder erwarteten sie in der Mitte des Ortes. Vor dem Eingang zum Gottesacker fand die Begrüßung statt. Nach einem gemeinsam gesungenen Viede sprach Herr Warrer Aleeberg herrliche Worte der Begrüßung. Mit „Nun danket alle Gott“ schloß die zwar kurze, aber schöne und würdige Feier. Aufzug und Glockenweihe dürften erst gegen Mitte Februar stattfinden, da der hölzerner Glockenstuhl durch einen eisernen ersetzt werden muß.

Erster sächsischer Landesiedlertag.

Am Sonnabend und Sonntag wurde in Dresden der erste sächsische Landesiedlertag abgehalten, der guten Besuch aus dem ganzen Lande aufwies. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Vortrag des Oberregierungsrats Dr. Rutsch, Dresden, über den Aufbau des Siedlungswesens in Sachsen. Der Redner führte aus, daß das Landeswohnungsamt das Siedlungswesen immer nach Kräften gefördert habe. Von den rund 8000 im Jahre 1919 und 1920 bezugsuchten Wohnungen seien rund 2200, also über ein Viertel, als Siedlungsbauten anzusprechen. Die Krüger und Kriegsbeschädigten seien bei der Vergabung der erstellten Wohnungen gebührend berücksichtigt worden, da 75 Proz. der in Betracht kommenden Wohnungen an diese abgegeben worden seien. Auch eine Reihe angesprochener Krügerfiedlungen seien mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln errichtet worden. Dem Verlangen der Siedler, ihren Wünschen gebührend Gehör verschaffen zu können, solle dadurch Rechnung getragen werden, daß dem Landeswohnungsamt ein Landesiedlungsbeirat beigegeben wird. Auch den Amtshauptmannschaften als Bezirksfiedlungsämter solle ein Bezirksfiedlungsbeirat angegliedert werden. Das Landeswohnungsamt und die Amtshauptmannschaften als Bezirksfiedlungsämter sollten den behördlichen Rückhalt für die Durchführung der Siedlung bilden. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Aufgaben sollten nach wie vor besonderen dazu bestimmten Organen, den Bezirksfiedlungsgesellschaften, der Landesfiedlungsgesellschaft oder sonst etwa vorhandenen geeigneten Körperlichkeiten übertragen werden. Die Frage der Mittelbeschaffung für die Durchführung der Baukäuflichkeit im Jahre 1921 sei infolge des wechselreichen Schicksals der Vorlage über die Wohnungsabgabe immer noch nicht entschieden, doch be-

siehe die berechnete Hoffnung, daß Mittel noch rechtzeitig bereit gestellt würden. Nach einem weiteren Vortrage von Regierungsbaumeister Dr. Rutschwich über den Genossenschaftsgebanken im Siedlungswejen wurde eine Entschließung folgenden Inhalts angenommen:

„Der erste sächsische Landesiedlertag verlangt von der Reichsregierung und dem Reichstag die möglichst eingehende Berücksichtigung der Gesetzesvorlagen über die Wohnungsabgabe. Falls dies nicht möglich ist, wird es für notwendig gehalten, daß die sächsische Regierung und der sächsische Landtag unverzüglich für eine Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Neubautätigkeit Sorge tragen.“

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. Januar.

Eine niederdrückende Feststellung brachte die heutige Sitzung. Am unsere Brotverforgung steht es sehr schlecht. Wie der Berichterstatter Dr. Blum erklärte, brauchen wir zu unserer Brotverforgung bis zur neuen Ernte noch fast 200 000 Tonnen Getreide. 10 Milliarden mehr müssen wir an das Ausland bezahlen, als wenn wir unsern Bedarf im Inland erzeugen könnten. Was die Parteien dazu zu erklären hatten, ergab sich aus ihrem Parteistandpunkt. Der Deutschnationale Volksbund machte die Zwangswirtschaft für die mangelhaften Leistungen unserer Landwirtschaft verantwortlich. Abg. Busche von der Deutschen Volkspartei erinnerte an die Versprechungen des Ernährungs-Ministers Schmidt, die ein so klägliches Fiasko erlitten haben. Die Linke versuchte, von ihrem Standpunkte aus die vorerwähnte Position zu verteidigen. Reichsernährungsminister Dr. Hermes kam begütigen und gibt die beruhigende Versicherung daß unsere Brotgetreideverforgung gesichert ist. Vom 15. Februar ab soll es sogar 200 Gramm Brot mehr geben. Dann wird wieder der Etat des Reichsernährungsministeriums hervorgehoben. Zur Abstimmung kommt es nicht, da das Haus am Ende zu schwach besucht ist.

Sitzung vom 31. Januar.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Heintze, Simons, Wirth, v. Raumer, Koch.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 1.30 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Außenminister Dr. Simons. Er teilt mit, daß ihm gestern durch Fernschreiber der Wortlaut des Beschlusses der Pariser Konferenz bekanntgemacht ist. Die Note ist hierüber bereits einen Vortrag darüber gehalten. Am Nachmittag soll der Vortrag fortgesetzt werden. Der Minister erklärte, die Beschlüsse behandeln die Entwaffnungsfrage und Reparationsfrage. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, liegen in der Reparationsfrage zunächst Propositionen vor, von den allerdings mit Nachdruck gesagt wird, daß sie einstimmig angenommen worden sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter auf Ende Februar nach London zu senden. Der Minister erklärt, daß er nicht in der Lage sei, nachher auf den Inhalt einzugehen, solange die Beratungen des Kabinetts noch nicht abgeschlossen sind. Er bittet, die Beschlüsse der Pariser Konferenz morgen an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen, damit das Haus dazu Stellung nehmen könne.

Präsident Lobe schlägt vor, unter dem Eindruck der eben gehaltenen Mitteilung die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung am Dienstag nachmittags 4 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Das Haus ist damit einverstanden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 31. Januar. (Der Eindruck in Berlin.) In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Frankreich mit der Annahme seines Entlassungsprogramms deswegen so große Eile hatte, weil es damit noch einen Druck auf die oberste Instanz der Volksabstimmung zu Gunsten Polens ausüben meint. Daß sich Frankreich dabei einer großen Selbsttäuschung hingibt, ist in Deutschland, besonders aber auch in Oberschlesien jedem klar. Wenn die in Paris beschlossene Summe ist etwas derart Anstößiges, daß kein vernünftiger Mensch sie ernst nimmt. Mühte man sie ernst nehmen, würde das den Zusammenbruch Europas bedeuten und von allen Ländern würde dann Polen, daß sich heute nur mit Mühe über Wasser hält, zuerst zusammenbrechen.

Berlin, 31. Januar. (Stresemann über die neuen Forderungen.) In einer ungestört verlaufenen Versammlung der deutschen Volkspartei im Zirkus Busch schilderte der Parteiführer Dr. Stresemann die wahnwitzigen Forderungen des Feindbundes und forderte eine Offensive gegen den Versailles Frieden. Soweit noch Mittel im Lande aufzutreiben sind, sollten sie für eine Weltpropaganda eingesetzt werden, damit wir uns erst einmal die Achtung der Welt wiedergewinnen.

Berlin, 1. Febr. (Beratungen des Reichskabinetts und der Fraktionen.) Nach Aufhebung der gestrigen Reichstagsitzung fanden während des Nachmittags und Abends eingehende Verhandlungen der Fraktionen über die Pariser Ententebeschlüsse statt. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurde insbesondere die Bildung einer nationalen Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu der Sozialdemokratie, die zweckmäßig auch in der Kabinettsbildung zum Ausdruck zu bringen wäre, zwecks gemeinsamen Widerstandes gegen die Ententebeschlüsse erörtert. Entsprechende Beratungen zwischen den Parteien dürften im Laufe des Dienstag geführt werden.

Berlin, 31. Januar. (Ein nationaler Trauertag.) Der Reichstag wird sich nach vor der Ferienpause mit einem Gesetzentwurf zu beschäftigen haben, der die Einführung eines nationalen Trauertages zur Erinnerung an die im Kriege Gefallenen fordert. Wie der „Deutsche Schnelldienst“ aus parlamentarischen Kreisen hört, ist beabsichtigt, den ersten Sonntag im März, nicht im Mai, zum nationalen Trauertag zu erklären. In diesem Jahre würde also der Trauertag auf Sonntag den 6. März fallen.

(Die schwere Entscheidung in der Wiedergutmachungsfrage.) Die Pariser Konferenz hat in ihrer Schlußföhrung für die Wiedergutmachung sehr hohe Zahlungen angenommen, welche Deutschland leisten soll. Diese Zahlungen sind vom 1. Mai 1921 in 42 Jahreszahlungen zu leisten und zwar so, daß in den ersten beiden Jahren je 2 Milliarden Goldmark, in den nächsten drei Jahren je 3 Milliarden, in den weiteren drei Jahren je 4 Milliarden, in den folgenden drei Jahren je 5 Milliarden und in den dann folgenden 31 Jahren je 6 Milliarden, im ganzen also 226 Milliarden Goldmark zu zahlen sind, ferner soll Deutschland während dieser 42 Jahre eine Steuer von 12 1/2 % von seiner Ausfuhr bezahlen. Dieser Ausfuhrzoll will die Wiedergutmachungskommission von Deutschland erheben. Es fehlen uns die Worte, um sich über diese ungeheuren und in der Weltgeschichte noch niemals dagewesenen Kriegskosten parlamentarisch auszudrücken und sollte wohl die Reichsregierung und auch der Reichstag über diese ungeheuerliche

Zumutung erst ein Wort sprechen, ehe diese finanzielle und wirtschaftliche Knechtschaft Deutschlands in der Öffentlichkeit weiter erörtert wird. Erwähnen wollen wir aber auch noch, um das ungeheure Joch zu kennzeichnen, welches Deutschland auferlegt werden soll, daß die Verbandsmächte nach einer Pariser Meldung bereits die Zwangsmahregeln vereinbart haben, welche angewandt werden sollen, um Deutschland zur Erfüllung seiner angeblichen Verpflichtungen zu zwingen.

(Die Beschlüsse der Pariser Konferenz in der Entwaffnungsfrage.) Nach der französischen Telegraphenagentur hat die Pariser Konferenz in der Entwaffnungsfrage Deutschland eine Frist bis zum 1. Juli bewilligt und dazu folgende Sicherungen der Durchführung vorgezogen: 1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande. 2. Befestigung neuen deutschen Gebietes. 3. Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden, und endlich, auf den Antrag von Lord Curzon, 4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Frankreich.

Paris, 31. Januar. (Die triumphierende Pariser Presse.) Der „Matin“ überschreibt heute seinen Artikel „Absolute Übereinstimmung zwischen den Alliierten in allen Fragen“ und resumiert die Erfolge der Konferenz folgendermaßen: 1. Entwaffnung Deutschlands nach den Vorschlägen Fochs wird gefordert; 2. Das Problem der Wiedergutmachungen wird so gut wie es nach einem weniger guten Vertrage (Versailler möglichst ist, gelöst; 3. Eine Methode ist gefunden, um Desterreich zu helfen; 4. Die Kohlenlieferungen sind so bestimmt worden, wie sie künftig erfolgen sollen; 5. Eine griechisch-türkische Konferenz für die Wiederherstellung des Friedens im Orient ist anberaumt worden; 6. Schließlich sind Sanktionen ins Auge gefaßt worden für den Fall, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhält. Der „Matin“ bemerkt hierzu, daß noch mehrere Einzelheiten folgen. „Petit Parisien“ schreibt: Der gestrige Tag war vielleicht der glücklichste und jedenfalls der bedeutendste, den wir seit dem Waffenstillstand gehabt haben. Der „Clair“ sagt: Die Mächte der deutschen Propaganda, unter den Alliierten Zuspäht zu fien, haben obüliges Fiasko erlitten. Der gestrige Tag war ein moralischer Sieg für uns.

Italien.

Lagano, 31. Januar. (Nittigegen die unmöglichen Verpflichtungen.) Der frühere Ministerpräsident Nitti schreibt im „Secolo“: Der Versailles Vertrag wurde von Foch diktiert und seine genaue Ausführung führt zu neuen Kriegen. Es ist denkbar, daß das deutsche Volk, eines der gebildetsten und fortgeschrittensten der Erde, sich geduldi in die Sklaverei begeben wird? Kann es ehrlicher Weise unmögliche Verpflichtungen übernehmen, deren Nichterfüllung schimpfliche militärische Sanktionen nach sich zieht? Nitti sieht den Ruin ganz Europas voraus. Am Deutschland zum Zuhlen zu zwingen, müßten die Sieger die militärischen Rüstungen beibehalten. Das bedeutet ihren Ruin noch früher als der Deutschlands. Damit Europa wieder aufleben kann, ist es notwendig, daß die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme eine erträgliche Höhe nicht übersteigt, derart, daß sie ohne Gewaltmaßregeln von der jetzigen Generation in wenigen Jahren gezahlt werden kann.

Rußland.

Moskau, 31. Januar. Ein Erlass der Regierung an alle Gouvernementsvollzugskomitees betont, daß die Republik durch die Anstrengungen der roten Armee Zutritt zu den Quellen des Mineralheizmaterials bekommen habe, aber bis zur endgültigen Wiederherstellung dieser Produktion das Holz das wichtigste Heizmaterial sein müße. In der ersten Hälfte des Winters sei fast gar kein Brennholz zubereitet worden. Die Vorräte reichten im günstigsten Falle nur noch für 2 1/2 Monate. Am einer Katastrophe zu entgehen, müßten alle Maßnahmen getroffen werden, insbesondere auch die Durchführung der Arbeitspflicht in den Gouvernements.

Verstaatlichung der Polizei.

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 28. Januar beschlossen, dem Landtag eine Gesetzesvorlage über die Änderungen im Polizeiwesen zu geben zu lassen, die die Vorschläge der Regierung wegen der Verstaatlichung der sächsischen Polizei enthält. Danach soll die Kriminalpolizei sofort und völlig auf den Staat übernommen werden; denn sie erfüllt in der Hauptache Aufgaben des Staates, ihre Arbeitsweise sind nicht brüchig begrenzt, sondern von allgemeiner Natur, und sie berühren nicht vorwiegend die Interessen der bürlichen Selbstverwaltung. Anders steht es auf dem Gebiete der Sicherheits- und Wchfahrtspolizei. Hier lassen sich die Wünsche der Polizeibeamtenschaft auf vollständige Verstaatlichung der Polizei nicht erfüllen. Eine solche Verstaatlichung würde einen Eingriff des Staates in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darstellen. Die Gemeinden verschließen sich zwar nicht der Tatsache, daß aus organisatorischen Gründen und infolge der Reichsfinanzreform Änderungen im Polizeiwesen auf Kosten der Selbstständigkeit der Gemeinden unvermeidlich sind, sie fordern aber, daß in das wertvolle Gut der Selbstverwaltung nur eingegriffen wird, soweit es durch staatliche Notwendigkeit geboten ist. Dieser Forderung muß die Regierung grundsätzlich Berechtigung zuerkennen und will deshalb das Polizeiwesen nur verstaatlichen, soweit es die Staatsinteressen unmittelbar oder die Gemeinden es selbst wünschen und sich ihr Wunsch verwaltungstechnisch und bei Wahrung der sonstigen Interessen des Staates erfüllen läßt. Das ist bei der Wchfahrtspolizei keineswegs der Fall. Inwiefern die Sicherheitspolizei zu verstaatlichen sein wird, ist noch nicht mit Bestimmtheit zu übersehen. Infolge der Unklarheit über die endgültige Unterbringung der sogenannten „oränen“ Polizei der Wünsche der Entente und der Schwierigkeiten des Polizeiausgleichs ist alles noch im Flusse. Die Regierung kann daher keine feste Regelung vorschlagen, sondern muß sich begnügen, um die Ermächtigung zu bitten, die Polizei dort zu verstaatlichen, wo die oben gekennzeichneten Erfordernisse erfüllt sind. In welchem Umfange von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen sein wird, werden die jeweiligen Staatsverhandlungen ergeben. Jedenfalls ist die Verstaatlichung fürs nächste bei den großen Städten im Ausicht genommen, die schon jetzt besondere Polizeiamter haben und hiermit einverstanden sind. Durch die Verstaatlichung wird vor allem ein enges gemeinsames Arbeiten der alten und der neuen Polizei unter Leitung eines gemeinsamen Polizeichefs herbeigeföhrt.

Aus aller Welt.

Deffau, 28. Jan. (Großfeuer.) Heute nachmittag wurde das Versandgeschäft von F. A. Seiler, das etwa 2000 Arbeiter beschäftigt, von einem Großfeuer heimgesucht. Der Schaden ist beträchtlich.

München, 27. Januar. (Die bayerische Regierung gegen die Bierherstellung aus Mais und Reis in Bayern.) Bekanntlich liegt dem Reichsrat zurzeit der Gesetzentwurf einer Verordnung vor, wonach zur Bierher-

Eingefandt.

Die Redaktion kehrt dem Inhalt der eingefandten Artikel fern und übernimmt keine Verantwortung.

Einigkeit und Zukunftsschlichkeit im deutschen Beamtenbunde.

In der am Sonnabend abgehaltenen Ortsgruppenversammlung des deutschen Beamtenbundes kam folgende Intrige zum Austrag:

Der Herr Oberjustizsekretär Virus als Schriftführer und Herr Postsekretär Böttger als Nichtmitglied stellten den Antrag zur Kandidatenaufstellung für die Stadtverordnetenwahl. Alle vorausgegangenen, durch briefliche Einladungen an angeblich politisch neutrale Mitglieder und Nichtmitglieder herbeigeführten Besprechungen waren auch inhaltlich dem Vorsitzenden unbekannt geblieben, wenn er nicht durch Mittelspersonen Kenntnis erlangt hätte. Schon die Versammlungseinladung wurde offensichtlich, für den Vorsitzenden nachteilig, andererseits aber genehmer, gekürzt. In der Versammlung war niemand unschuldiger, als die Herren Antragsteller. Wenn der Listenführer, Herr Kaufmann Rietschel die Ortsgruppe nicht kenne, so sei das nicht ihr Verschulden. Erst am Montag gelang Herr Virus auf Verhaltung, daß das schon in der Sonnabendnummer enthaltene Inserat mit der Unterschrift „Deutscher Beamtenbund (Ortsgruppe Pulsnitz)“ tragen konnte, weil er glaubte, die Unterschriftsgenehmigung erteilen zu dürfen. Noch am Sonnabend erklärte der Vorsitzende seine Amtsniederlegung und

seinen Austritt wegen Umgehung und Einschleppung von Parteipolitik in die Versammlung, die stärker als je zuvor von Säumnigen und Nichtmitgliedern besucht war. Gewählt wurden Herr Bahnhofsvorsteher Lindner, Herr Amtsgerichtsoberschreiber Deubner, Herr Stadtkassierer Dutschmann und Herr Postbetriebsassistent Senf. Ob eine zweite, politisch freie Ortsgruppe von Männern gegründet werden wird, bleibt abzuwarten. Curt Behl.

Verein für Volksbildung.

Mittwoch, den 2. Februar, 1/8 Uhr Volksschule Neubaufühl, Erdgeschoss, Zimmer 79, Pastor Menning, Dresden, Johanneskirche: Fünftes Deutsche Sendung (als Ergänzung unseres 1. Fichte-Abends). Fichte ist der Hauptvertreter des deutschen Idealismus, d. h. der Weltanschauung nach welcher der Mensch nicht Gepräge der Umwelt ist, sondern die Umwelt prägt. Dem kalt und klar rechnenden Verstand Napoleons setzte Fichte die glühende, wenn auch oft dunkle deutsche Innerlichkeit entgegen. Jeder starke Geist sieht die Welt als ein Chaos an, daß er gestaltet und so sich seine Welt schafft. Hat auch Fichte die harte Realität der Wirklichkeit unterschätzt, so half doch seine vulkanische, und tapfere Natur vor 100 Jahren zum Neubau Deutschlands. Folgen wie diesem Zeichen, so werden auch wir aus dem Chaos, obgleich es der Verstand als hoffnungslos ansehbar muß, eine neue Welt schaffen.

Vorausichtige Witterung.

Donnerstag: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas kälter, Niederschläge abnehmend bezw. aufhebend. — Freitag: Zunächst heiter mit etwas Frost. Später zunehmend bewölkt, Niederschläge, dann etwas gelinder.

Sport-Nachrichten.

Am Sonntag spielte Pulsnitz I. : Dresdner Sportverein 06 IV. 4 : 3 Pulsnitz II. : D. S. C. Dresden IV 1 : 7. Am kommenden Sonntag beginnen die Verbandsspiele auf dem neuen Plage. Wir hoffen, daß uns seitens des Publikums auch hier lebhaftes Interesse entgegengebracht wird. Sportfreunde Pulsnitz.

Die Mütterberatungsfunde in Pulsnitz-Stadt

findet morgen Mittwoch, den 2. Februar 1921 nachmittags 4 Uhr im hiesigen Ratskeller durch den stellv. Wohlfahrtspfleger Herrn Dr. med. Schloffer statt.

Die Mütterberatungsfunde in Oberlichtenau

findet Freitag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr in Schreier's Gasthof statt. Arzt anwesend.

Olympia-Theater!

Mittwoch — 8 Uhr — Mittwoch

Der erste expressionistische Film, welcher sich hinter den Mauern eines Irrenhauses abspielt. 6 Akte.

Das Cabinet des Dr. Galigari.

Der Gedankengang eines Geisteskranken. Diese schwierige Aufgabe der Hauptdarsteller Conrad Veidt und Werner Krauß wurde mit bestem Erfolge gelöst.

Die Liebeskur.

Felnes Lustspiel von William Kasfiol.

Gasthof „zu den Linden“, Obersteina.

Sonnabend, den 5. Februar, von abends 7 Uhr an

großer Faschnachts-Ball

für Verheiratete

Damenwahl.

Zieht Euch recht verschieden an und bringt gute Laune mit, damit's recht urgemüthlich wird.

Hierzu laden freundlichst ein Reinhard Jschiedrich u. Frau.

Mitglieder unterzeichneter Gewerkschaften erscheint Dienstag abend 8 Uhr vollzählig im „Grauen Wolf“ zur Bürger-Versammlung!

Es ist Gefahr im Verzuge!

Deutscher Beamtenbund.
Gewerkschaftsbund deutscher Angestellter Verbände G. K. A.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angest. und Beamten-Verbände G. D. H. u. H. D.

Winter - Krankheiten

wie Rheumatismus, Gicht, aber auch Krankheiten der Nerven und der Verdauung, Lähmungen usw. befehtet erprobt und rasch durch Selbstbehandlung

WOHLMUTH'S GEWECO

ELEKTROGALVANISCHER APPARAT.

Von mehr als 14.000 Familien lobend anerkannt. Verlangen Sie kostenlose Druckschriften von den Generalvertretern der

G. Wohlmuth & Co., A.-G., Dresden

Generalvertreter Otto Schuster, Pulsnitz, Langestr. 35, Telefon Nr. 261,
Oswin Franke, Oberlichtenau bei Pulsnitz, Telefon Nr. 269.

!!!Billige Kleiderstoffe!!!

für Konfirmanden

eingetroffen.

Schnittwaren-Abteilung

Konsum-Verein Pulsnitz.

Neue Säcke

aus dichter Zuteilmwand, für Getreide usw., 1 1/2 Zentner fassend, lange Form, sogen. Scheffelsäcke, p. St. 15 Mark — liefert —

M. Bruno Kaiser, Oberlichtenau, Nr. 152 b. Pulsnitz.

la Mais

gesund u. trocken,

la Mais-Schrot, Trockenschrot, Erbsenschrot, Erbsen- und Bohnenkleie, Haferschalen- u. Biertraber-Melassefuttermittel,

in großen und kleinen Posten liefert franko Station

Albert Paatz,

Kamenz i. Sa.

Getreide- und Futtermittel-Handlung.

Telefon 24 und 25.

Mundharmonikas, Ziehharmonikas, Mandolinen, Lauten, Violinen, Zithern, Saiten aller Art

— Große Auswahl! —

R. Berndt SchießstraÙe.

Schöne

Kieferne Rollen,

— und —

Birken-Scheite

— empfiehlt —

Aug. Nitsche.

Ernstgemeint!

Junge Dame, welche Montag d. 31. 1. mittags im Wartesaal III. Klasse Kamenz erbf. sich aufhielt und 248 Uhr n. Pulsnitz fuhr, wird um Lebenszeichen gebeten unter Pulsnitz postlagernd H. H. 12.

Grundstück m. Geschäft

oder für Geschäft passendes bei guter Anzählung zu kaufen gesucht. Angeb. m. ausführl. Beschreibung unter W. 515, „Stella“ Ann.-Exp. Hannover, Eckerstraße 15.

Kaninchen

zur Zucht zu kaufen gesucht. Angebote unter Ba. 1 an die Geschäftsstelle des. Bl. erbelen.

Bettmäßen

Befreiung garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Verlanb. Wohlfahrt, München, 5 P., Winthyrstr. 33.

Spül-Apparate

Spülkannen, Clysos, Schläuche, Vorratbinden, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel. — (Damenbedienung durch u. Frau) W. Heusinger Dresden, am See 37, nahe Hauptbahnhof. —

Sächs. Rentenvers.-Anstalt Dresden

Die für das Jahr 1920 festgesetzten Rentensätze können von heute ab bei der unterzeichneten Geschäftsstelle gegen Aushändigung der Bezugsscheine in Empfang genommen werden.

Pulsnitz, Langestr. 25 II. Richard Bachmann.

Geld jeder Höhe auszuliehen d. E. Wolf, Chemnitz, Bernsdorferstr. 46

Bettmäßen

Befreiung garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Verlanb. Wohlfahrt, München, 5 P., Winthyrstr. 33.

Besuchskarten

fertigen sauber

E. L. Försters Erben

Stellen-Angebote

Schulmädchen

für einige Nachmittagsstunden gesucht von Frau Pastor Semm.

Hausmädchen

Zuverlässiges, jüngeres zum 15. Februar oder 1. März gesucht.

Frau M. Lachmann.

Oftermädchen

wird gesucht.

Zu erst. in der Geschäftsst.

Eine 17-20jährige

Magd

sucht für sofort

Gutsbef. Karl Weismann, Pulsnitz M. S.

Größer. Schulmädchen als Aufwartung gesucht.

Schießstraße 250.

Zu verkaufen

Winter-Wäster,

gut erhalten, zu verkaufen. Zu erst. Geschäftsst. d. Bl.

Spül- und Treibmaschine

gut erhalten

zu verkaufen

Mittelbach Nr. 12 a.

Ein 6-jähriger starker Fuchswallach,

weil überzählig zu verkaufen.

Gräfenhain 46.

Eine gute

Scheken-Häjin

mit fünf 8 Wochen alten Jung. bill. z. verk. Dreherstr. 231 L.

Wohnungen

Jung. anständ. Mann sucht ab 5. d. M. fedl. Zimmer, wenn mögl. m. Pension. Gef. Off. u. B. 1 an d. Geschäftsst.

Freiwillige Versteigerung.

Infolge Auflösung meines Fuhr-Betriebes lasse ich

Mittwoch, den 3. Februar 1921, vormittags 9 Uhr, im Fremdenhof R. Lehmann — Goldener Berg — Kamenz, meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

10 Stück gute starke Arbeitspferde, 2 Federtafelwagen mit Patentachsen, 4 Kippwagen, 10 Kohlenkastenwagen 10 Stein- und Schuttwagen, 3 Laugholzwagen, ein Baumwagen, 1 Rüstwagen, 2 Erntewagen, 1 Wasserwagen, 1 Omnibus, 1 Kutschwagen, 6 Personen fassend, 1 Landaulett und ein Wiener Wagen, beide auf Gummi, mit elektrischer Beleuchtung, 4 neue Laßschlitten, 1 Tafelschlitten, 1 Rennschlitten, 2 Paar Steinbäume, 1 Holzhebe, 3 Winden, eine Partie gute Reiten, einen großen Posten Kutsch- und Arbeitsgeschirre, Ackergeräte und Wagenbretter, einen echt eichenen großen Schreibtisch, 1 Schreibpult und verschiedenes andere mehr.

Die Pferde werden mit Garantie verkauft, und das Wagenmaterial befindet sich in bestem Zustande.

Karl Baase, Kamenz i. Sa.

Telefon Nr. 97.

Achtung! Achtung!

Ein Posten Schafwoll-Strickgarn

garantiert nicht einlaufend, nicht filzend, für Schweißfuß zu empfehlen, zu 2 Paar neuen Socken M 42.—

Prima Restposten Sternwollstrickgarn,

schwarz und grau, 10 Gebind N 15.—

Berkauf bei **Bruno Mager, Pulsnitz, Schießstr.,**

Inhaber: A. Zollfrank.

Achtung! Brautleute!

Gebrauchte Möbel, Bettstellen, Schränke, sowie neue Möbel

liefert billigst

Bau- und Möbeltischlerei von Rudolf Perskawetz

Kamenz, Bautzner Straße.

Kammerjäger Rack, Breslau II kommt dieser Tage nach Pulsnitz zur rationalen Vertilgung von Ratten, Mäusen, Schwaben usw. Macho-Wesuche ohne Verbindlichkeit. Voricht bei hauserenden Kammerjägern! Dankschreiben von Behörden, Landwirtschaft und Industrie stehen zur Verfügung, u. a.

Herrn Rack, Breslau. — Ich spreche Ihnen hiermit meine volle Anerkennung für Ihre Leistung auf dem Gebiete der allgemeinen Vertilgung aus. Ihre Arbeit war eine recht gute und wirksame. Ich hatte verschiedene Medikamente angewandt, bis jetzt aber erfolglos. Nur durch Racks Präparate bin ich zu dem wirklichen Erfolge gelangt.

Max Schmietgen.

Die Echtheit vorstehender Unterschrift bestätigt Kamenz, 26. April 1920. Der Rat der Stadt Kamenz.

Adressen erwünscht an die Geschäftsstelle des Kamenzener Tageblattes in Kamenz.

Jachenbarchent, schöne Farben, 15 M pr. m Strickwolle, 10 Geb. nur 15 M, Handtücher, 5-28 M, weiße Schlafdecken, prima Flanellbettücher, Gardinen in schöner Auswahl, Hemden-Barchente, Bettjücken, Schürzen, Hemden usw. bietet vorteilhaft an

Ida Haufe, Friedersdorf bei Pulsnitz.